

## Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 18/19, SPD-Fraktion, Manuel Friedrich

Sehr geehrte Frau Koerlin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

erst im Februar diesen Jahres verabschiedeten wir den Haushalt 2017, keine 300 Tage später entscheiden wir heute über das Zahlenwerk und damit über die Zukunft für die nächsten zwei Jahre.

Bei der Bewertung kann man natürlich geteilter Auffassung sein und es werden sich auch die Unterschiede herauskristallisieren. Auch wenn in der Kommunalpolitik nicht alles gleich abgearbeitet werden kann, geht es im Grunde nicht um das ständige Jammern und Klagen, sondern um Prioritäten und Ziele zu setzen und vor allem Verantwortung für die Zukunft unserer Kleinstadt zu übernehmen.

Victor Hugo, französischer Schriftsteller, sagte einstmals zur Zukunft: „Die Zukunft hat viele Namen. Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare. Für die Furchtsamen ist sie das Unbekannte. Für die Selbstbewussten ist sie die Chance.“

Für die SPD-Fraktion wird unsere Einstellung der Zukunft gegenüber sein, dass wir jetzt verantwortlich sind, für das was in Zukunft geschieht und begreifen es als Chance.

Doch wie steht es um die Zukunft des bevorstehenden Doppelhaushalts?

Schlecht, gut, keines von beidem?

„**Historisch**“, wie Bürgermeister Roger Winter einst zum Haushalt 2016 und des Erreichens der „Schwarzen Null“ gesagt hatte, bestimmt nicht, wenn man sich die Zahlen und das Defizit im Ergebnishaushalt von knapp 2,5 Millionen Euro ansieht.

„**Genehmigungsfähig**“ durchaus, denn der Jahresüberschuss des Ergebnishaushalts wird weit über den geplanten 110.000 Euro liegen (einem Millionenbetrag) und somit das Defizit aus 2018 aus der Rücklage ausgeglichen.

Zudem konnten alle Fehlbeträge der Stadt Obertshausen getilgt, von 2009 bis 2015. Es muss auch kein Haushaltssicherungskonzept mehr aufgestellt werden.

„**Vorzeigefähig**“ – ja! Auch wenn die Bäume nicht in den Himmel wachsen, es wird wieder investiert und das nicht zu wenig, meine Damen und Herren. Das belegen die Haushaltsdaten. In vier Jahren, zwischen 2011 und 2014 hatten wir **knapp 16 Millionen investiert**. Über diese Summe reden wir heute und das nicht für vier, sondern für die nächsten zwei Jahre.

Das heißt, der so genannte Investitionstau, der über Jahre sich angesammelt hat, kann von heute auf morgen aufgelöst werden. Ein gutes Beispiel sind hier die Investitionen in Kanal- und Straßenbaumaßnahmen. Hier muss man den Bewohnern auch „reinen Wein einschenken“, wenn man von „Stau“ spricht aber jahrelang Investitionen in die Infrastruktur auch gestrichen oder verschoben hat. Die 16 Millionen für 2 Jahre sprechen für sich, meine Damen und Herren.

„**Herausfordernd**“ – durchaus, denn die Erhöhung der Kreis- und Schulumlage und das Projekt der „Hessenkasse“ der Landesregierung sind derzeit noch nicht planbar. Die **Hessenkasse**, 625.000 Euro (25 Euro je Einwohner) als Belastung stehen hierbei für Obertshausen im Raum. Bisher gibt es hier nur Modellrechnungen und kein Gesetzesentwurf, zudem ist der Beitritt freiwillig. Die Hessenkasse verspricht auf dem ersten Blick Gutes und beseitigt zwar die Kassenkredite als Schulden in den Büchern, aber es bestehen erhebliche Kassenkreditfolgelasten, die in den kommenden Jahren die kommunalen Haushalte belasten. 2.) Sie ist nicht zuständig für die Investitionskredite der hessischen Kommunen.

Sicher wird sein, dass die Verwaltung und wir Stadtverordneten uns damit beschäftigen werden. Ob ein Nachtragshaushalt in 2018/2019 kommen wird, steht noch in Sternen.

Bei der Diskussion um die **Kreis- und Schulumlage** sieht man ebenfalls, dass vieles noch nicht planbar ist. Anfangs ging man von einer Erhöhung von über 2% und einem Betrag von 1,5 Millionen Euro aus, jetzt liegen die letzten Meldungen bei 0,4% und einer Belastung von 200.000 Euro. Wir werden uns hier nicht der Verantwortung entziehen und zu gegebener Zeit handeln.

Bei all den vor uns stehenden Projekten, einer bereits getätigten Schuldentilgung und möglichen Erleichterungen durch die Hessenkasse, meine Damen und Herren, verschließen wir natürlich nicht die Augen vor der Realität mit dem vorhandenen Schuldenberg. Am Schuldenabbau und dem Aufbau von Rücklagen führt in den nächsten Jahren kein Weg vorbei. Ein Anfang ist gemacht!

Wenn wir weiter uns hier vor Ort selbst verwalten wollen und investieren können, muss auch über den Hessischen und Deutschen Städtetag mehr Druck ausgeübt werden, und die Forderung platziert werden, dass das Übertragen von Aufgaben durch Bund und Land die Haushalte der Kommunen nicht belasten dürfen, sondern es mittelfristig eine volle Kostenerstattung erfolgen muss.

1 ¾ Jahr nach der Kommunalwahl hat die Koalition in den ersten 600 Tagen gezeigt, dass wir uns stark bemühen mit den anderen Fraktionen zu ihren Anträgen die bestmöglichen Ergebnisse zu erreichen, wir uns nicht vor Zukunftsprojekten scheuen, die „Pace“ unsererseits stimmt und wir Verantwortung übernehmen.

**Volksbildungswerk:** Natürlich werden wir zukünftig über die Angebotsstruktur sprechen, doch in erster Linie kann Obertshausen stolz sein auf die Tatsache, dass „ihre“ VHS ein recht umfangreiches Angebot und dazu noch hohe Qualität bietet, bspw. in der Musikschule und damit in der Früherziehung. Für die SPD hat Bildung auf allen Ebenen stets einen hohen Stellenwert. Und dieses muss auch erhalten bleiben.

„**Mit Weitblick**“: Das **Familienzentrum**, ich kann mich noch gut erinnern, als das Projekt im Februar 2014 vor dem Aus stand, keine HH-Mittel zur Verfügung standen und keine Entscheidung getroffen wurde, da man vom damaligen Konzept nicht überzeugt war. Jetzt ist es als wichtigstes Bauprojekt 2018/19 gesetzt, letzten Monat haben wir uns erst in der Stadtverordnetenversammlung über das Außengelände unterhalten und einer weiteren Nachverdichtung mit Wohnungen in diesem bereits stark besiedelten Bereich eine Absage erteilt, dafür Ja zu einer Streetballanlage für Jugendliche gesagt. 2020 soll es fertig gestellt sein. Betreuung, Treffpunkt, Bildung sowie Beratung - inhaltlich und konzeptionell wird es aus Sicht der SPD ein spannendes Projekt und Synergien werden sich entwickeln. Die Entscheidung für das Familienzentrum ist nicht nur eine städtepolitische Investition, sondern vielmehr eine in die Zukunft nachfolgender Generationen.

In der ganzen Diskussion dürfen wir nicht die Jugendpolitik vergessen. Jugendpolitik stellt die Weichen für das künftige Zusammenleben. Auch wenn nicht neu ausgewiesen, haben wir hier noch 200.000 Euro Planungskosten in 2018 für ein neues **Jugendzentrum** zur Verfügung. Deshalb sollte auch hier die „Pace“ bzgl. der Prüfungen der Grundstücksangelegenheiten mit dem Kreis Offenbach rund um die Hermann-Hesse-Schule nicht vergessen werden.

**Doppelstruktur abschaffen** Wenn wir beim Thema Nächstes Großprojekt, Prioritäten setzen und Geschwindigkeit sind, kommen wir unweigerlich auf das Thema der Rathäuser zu sprechen. Letzter Auftrag der Stadtverordnetenversammlung datiert vom September 2016, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durchzuführen. Dazwischen liegt die Abarbeitung des Großprojekts Familienzentrum und nicht zu vergessen der halbjährliche Ausfall des Ersten Stadtrats Michael Möser. Ich kann Bürgermeister Winter verstehen, wenn er sagt, dass er dies nicht alleine angehen möchte. Es wird im Hintergrund bereits fleißig gearbeitet, sodass Ergebnisse bis zum Ende des 1. Halbjahrs 2018 präsentiert werden können. Die Koalition möchte zusammen mit Ihnen dann die 2. Jahreshälfte nutzen, um über die Zukunft der Rathäuser, die Standortfrage und die Ergebnisse der Bürgerbefragung zu besprechen. Da Ergebnisse bis heute noch nicht vorliegen, werden wir die Investitionsmittel für die Jahre 2018 bis 2020 entsprechend verändern. Für die SPD ist klar: Wir bleiben hier am Ball und besitzen die nötige Ausdauer, denn wie sagte der Lyriker Ernst Hauschka: „Wer Ausdauer besitzt, ist schon fast am Ziel.“

**Keine Steuererhöhungen** sind derzeit für 2018 und 2019 geplant. Bei den Steuereinnahmen gilt einmal der Dank den Gewerbetreibenden, die uns damit ein Plus von 14 bis 15 Millionen pro Jahr nach Prognose beschere werden. Ich möchte aber auch die Menschen in unserer Stadt nicht vergessen, die durch ihre Arbeit dafür gesorgt haben, dass der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer mittlerweile 15 bis 16 Mio Euro beträgt.

„**Familienpolitisch verbessert, aber noch weitere Aufgaben vor der Brust**“  
Ein Großteil derer wird auch hierher nach Obertshausen kommen oder hier in

Obertshausen bleiben, weil es z.B. eine **gute Kinderbetreuung** gibt. Unsere Erzieher/innen leisten täglich eine Klasse Arbeit, die Kinderbetreuung als weicher Standortfaktor muss beibehalten werden, ja sogar ausgeweitet werden, wenn man neue Familien an die Stadt binden will. Die Ur-Forderung der SPD seit 2009 aus kommunaler Sicht war die 10%-Senkung der Kita-Gebühren und weitere Senkungen über landespolitische Initiativen zu erwirken. Wir sind froh, dass die Kita-Gebühren in den letzten 1 ½ Jahren um 15 Prozent gesenkt wurden. Die neue Gebührenordnung ist von uns hier in diesem Jahr am 29. Juni verabschiedet worden. Ich persönlich keine Kommune im Kreis Offenbach, die die Gebühren um 15% in diesem Zeitraum gesenkt hat und generell keine Gebühr, die wir in Obertshausen in diesem Maße nach unten gesenkt haben. Natürlich wünschen wir uns auch Kitagebühren-Freiheit, die Neuregelung der Landesregierung ist ein erster Schritt, aber für uns geht dieser noch nicht weit genug. Die Kostenfreiheit muss vom Land gewährt werden und nicht von den Kommunen. Wir werden weiter landespolitische Initiativen dazu unterstützen. Derzeit ist viel in Bewegung, ein stufenweiser Abbau aller Kinderbetreuungsbeiträge wird von der SPD-Landtagsfraktion gefordert und es steht eine Landtagswahl 2018 an.

### **Ausbau der Betreuung:**

Hier gab es und gibt es zukünftig ein deutliches Ja zum Ausbau. Wir wissen alle um die Lage von 81 fehlenden Kita-Plätzen und dass Obertshausen auf dem letzten Platz liegt. Halten wir uns mal aber die Zahlen vor Augen. Im Kreis Offenbach wird eine durchschnittliche Versorgungsquote von 35 Prozent angestrebt. Zum Stichtag (1. März 2017) erreichte der Kreis einen Versorgungsgrad von 27,9 Prozent bei den unter 3-Jährigen. Obertshausen hat dabei eine Versorgungsquote von 21,8 Prozent. Ein Grund hierfür ist, dass Obertshausen überdurchschnittliche Zunahmen der unter dreijährigen Wohnbevölkerung zu verzeichnen hat. In Obertshausen liegt diese bei 20 Prozent, während Dietzenbach bspw. nur eine siebenprozentige Steigerung zu vermelden hat.

Der Ausbau der Betreuung für unter dreijährige Kinder muss angegangen und zur Daueraufgabe städtischer Politik werden.

Wir sehen, dass es auch kurzfristige Lösungen gibt, auch wenn diese mit einer Erweiterung in Form von Containern am Beispiel Kita Rodaustraße eher als Provisorium zu bezeichnen ist. Doch möchte ich hier ein Lob aussprechen, dass hier für politische Verhältnisse schnell gehandelt wurde. Im Februar schlugen wir als SPD zusammen mit der CDU Planungskosten (100.000 Euro) vor, im Juni und August diskutierten wir über die Lösung und im jetzigen Haushaltsplan 18/19 sind bereits die neuen Stellen für die Kita Rodaustraße eingearbeitet. Wir freuen uns über die neuen Kita-Plätze und 6 neue Erzieher/innen-Stellen. Wir stimmen daher gerne den zusätzlichen 200.000 Euro Planungskosten für weitere Ausbaumöglichkeiten zu.

### **Sozialpolitische Verantwortung**

Hier gibt es bei der SPD kein Rütteln, wir brauchen einen Sozialen Dienst in Obertshausen, um den steigenden Bedarf an allgemeiner Sozialberatung abzudecken. Denn auch hier geraten Menschen in schwierige Lebenslagen, sodass eine professionelle Beratung in der Stadt notwendig ist. Ob Wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen, hochverschuldete Personen, über einsame und ältere Menschen bis hin zu Personen in familiären Krisen, ist der Bedarf vorhanden. Wir sind froh, dass wir eine ½ Stelle in der Sozialarbeit schaffen werden.

### **„Bezahlbarer Wohnraum wird benötigt“**

Aufgrund aktueller Zahlen vom Regionalverband Frankfurt RheinMain fehlen kreisweit bis zu 16.000 Wohnungen bis 2020. Hessen braucht bis 2040 517.000 zusätzliche Wohnungen. In Obertshausen wurde ein Bedarf von über 1.100 Wohnungen prognostiziert. Dies betrifft natürlich auch den Sozialwohnungsbereich.

Es ist zwar kein großer Schritt, aber dennoch ein wichtiger. Wir möchten investieren in Bezahlbaren Wohnraum für die Nachverdichtung in der Bachstraße 19-21. Aber auch weitere größere Projekte sind bzw. werden angestoßen. Hier sind neue Visionen im Bereich der Fröbelschule und des YMOS-Geländes möglich. Dazu haben wir für den zukünftigen Haushalt mehr Geld für die Stadtentwicklung und den Kauf von bebauten Grundstücken gefordert.

**Politik kann auch im Kleinen etwas tun, ohne immer groß Drumherum zu reden.** Exemplarisch will ich hier zwei Punkte nennen, die im aktuellen Entwurf enthalten sind und seitens der SPD Unterstützung erhalten. Die neue **Geschwindigkeitsmessenanlage**, in unserer SPD-Reihe „Wo drückt der Schuh“ im Sommer dieses Jahres wurden wir an 7 von 8 Standorten danach gefragt, ob Obertshausen sich nicht eine eigene Anlage beschaffen kann. Wir hoffen, dass Sie erzieherisch dient, zur Verkehrssicherheit und Beruhigung beiträgt. Der 2. Punkt sind die Vereinszuschüsse. Über die Neufassung der Vereinsförderrichtlinien werden wir uns in 2018 unterhalten werden. Festzuhalten bleibt, dass wir über eine **Erhöhung der Vereinszuschüsse von 20.000 Euro** sprechen. Und dies zu Recht, den auch hier gilt ein Dank den tausenden Menschen in Obertshausen, die sich ehrenamtlich engagieren und für das Gemeinwohl unserer Stadt sorgen.

Die Bürgerumfrage und Bürgerbeteiligung ist in aller Munde und werden wir ja heute Abend auch noch ausführlicher besprechen. Für uns ist das Thema **Bürgerbeteiligung** weiterhin wichtig, deshalb stellen wir weitere 10.000 Euro pro Haushaltsjahr ein.

Ja, wir öffnen auch die Schatulle für mehr Kultur in Obertshausen. Nämlich für ein **Kulturprogramm in den Parks**, die einer Initiative von uns ausging. Auch

möchten wir mit Investitionsmitteln die Toilettensituation in beiden Parks damit gelöst haben.

Ja, wir können auch **Klima- und Naturschutz**. Natürlich nicht in dem Maße, wie immer von den Grünen gefordert, aber es bedarf eben praktischer Lösungen vor Ort. Vergleiche ich mal die jetzige, 600 Tage alte Periode mit der letzten, in der wir zwar über Ökostrom, Photovoltaik oder LED-Technik diskutiert haben, aber nie über Haushaltsansätze sprachen. Es ist auch uns bewusst, dass wir als Kommune gefordert sind, uns den globalen Aufgaben zu stellen. Einem Planansatz für das Thema Starkregen werden wir nicht zustimmen, dafür möchten wir das Klimaschutzkonzept beauftragen. Warum sollten dort nicht auch die Starkregenereignisse begutachtet werden?

Aber auch der neuste Bericht zur Photovoltaik der EVO zu Möglichkeiten eines Modells für städtische Liegenschaften klingt sehr interessant. Es freut uns, dass das Thema LED-Beleuchtung endlich großflächig angegangen wird. Vor ziemlich genau sechs Jahren sind wir mit diesem Vorschlag, die Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen umzustellen und die damaligen Fördermittel von bis zu 40% zu nutzen, gescheitert. Unserem damaligen Stadtverordneten Rainer Klohoker wird dieser Beschluss sehr freuen.

Auch dass die Naturschutzverbände mehr Geld zur Erledigung ihrer Aufgaben erhalten oder wir die Obstbäume in der Hochbeune unterstützen, zeigt, dass wir auch für den Naturschutz eintreten.

Unser Dank gilt den Beschäftigten der Stadt, die den Haushalt aufbereitet haben. Insbesondere dem Fachbereich Finanzen sei an dieser Stelle gedankt. Wir als SPD-Fraktion stimmen dem Doppelhaushalt 18/19 mit unseren vorgelegten Änderungen zu, denn er **setzt gute Schwerpunkte im Sozialen, in der Stadtentwicklung und für das Gemeinschaftswohl**. Wir sind auf einem richtigen Weg, was die Zukunft angeht. Das heißt für uns aber nicht, dass jetzt ausruhen angesagt.

Mit einem Zitat von Willy Brandt möchte ich enden, der sagte: „Ich glaube nicht, dass diejenigen recht haben, die meinen, Politik besteht darin, zwischen schwarz und weiß zu wählen. Man muss sich auch häufig zwischen den verschiedenen Schattierungen des Grau hindurch finden“. Deshalb werden wir mit aller Kraft weiterhin daran arbeiten, die bestmöglichen Ergebnisse zu erreichen und dass jede und jeder sich hier wohlfühlt und gut leben kann in unserer Stadt.

Gemeinsam Verantwortung übernehmen, auch bei politisch komplexen Entscheidungen. Die CDU/SPD-Koalition hat dies in den ersten 1 ¾ Jahr 600 Tagen gezeigt, 1200 Tage und damit noch 66% Prozent liegen noch vor uns, packen wir es an!